



Regierungsratsbeschluss vom 16. Juni 2020

Schreiben betreffend «Strategie gegen Kunststoffabfälle» sowie Berichte	P200836
Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Abfallvermeidungsstrategie, einer Einführung geschlossener und funktionierender Recycling-Kreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt - die Zweite	P195189
Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Abfallvermeidungsstrategie, einer Einführung geschlossener und funktionierender Recycling-Kreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt; Überwiesen als Anzug	P185308

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend „einer Abfallvermeidungsstrategie, einer Erfüllung geschlossener und funktionierender Recyclingkreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt – die Zweite“ als erfüllt abzuschreiben.
3. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat den Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend „einer Abfallvermeidungsstrategie, einer Erfüllung geschlossener und funktionierender Recyclingkreisläufe und eines Plastikverbots im Kanton Basel-Stadt“ abzuschreiben.

Begründung

Die Abfallwirtschaft in der Schweiz verfolgt die Grundsätze von Vermeidung, Verwertung und umweltgerechter Entsorgung. Der Kanton Basel-Stadt richtet seine Abfallwirtschaft nach diesen Vorgaben aus. Diesen Grundsätzen entsprechend legt der Regierungsrat dem Grossen Rat die kantonale Strategie gegen Kunststoffabfälle zur Kenntnisnahme vor. Sie bildet die Grundlage, um den Eintrag von Kunststoffen in die Umwelt zu minimieren und die Stoffkreisläufe möglichst lokal oder regional zu schliessen. Die Strategie zeigt den aktuellen Stand der Massnahmen im rechtlich möglichen Rahmen dar. Das in den Vorstössen geforderte Verbot von einzelnen Produkten aus Plastik kann auf Kantonsebene wegen des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt nicht eingeführt werden. Es ist Sache des Bundes, ein solches Verbot gesetzlich zu verankern.

